

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 10.

Freitag, 25. Januar.

1878.

Abonnements auf den „Vorwärts“

für die Monate Februar u. März zu 1,10 M. werden bei allen deutschen Postämtern, für Leipzig pr. Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur M. Ulrich, Hohe Str. 23, Hof part., in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichstr. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Schmarsdorf, Reuditz, Neuschönfeld** etc. bei Frau Engel, Reuditz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** etc. bei Hader, Kurze Str. 10 part., für **Aleinschöcher** u. Umgegend bei Trost, Hauptstr. 10/1, für **Hönberg** bei Bösch, Hospitalstr. 39/II, Leipzig, **Neureuditz** bei Bschau, 15 I, für **Flagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Auerl. Str. 3, für **Hohlitz** etc. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grude, An der Papiermühle, angenommen.

Für Berlin wird auf den „Vorwärts“ monatlich für 75 Pf. frei in's Haus abonniert, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse“, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow Brunnenstr. 34, im Laden.

Die antinationalen Nationalliberalen.

„Die Nationalliberalen sind weder liberal, noch national“ — dies geflügelte Wort zeigt sich als ein völlig berechtigtes.

Dah die Herren nicht liberal sind, daß sie das schöne Wort, welches in der vorwärtslichen Zeit fast gleichbedeutend war mit revolutionär, längst verwässert haben, ist allbekannt und so oft durch das knechtische Gebahren von den Herren selbst bewiesen worden, durch das Bauernrathen vor Bismarck, durch das Tyrannisieren und den Hochmuth nach unten, daß wir darüber füglich hinweggehen können.

Aber daß die Herren auch nicht einmal „national“ sind, da sie vorzüglich diesem heiligen Wortlein zu Liebe manchmal vom Liberalismus etwas verspart haben, daß sie dies Wortchen nicht einmal heilig halten, das ist gleichfalls zu beweisen.

Die Nationalliberalen leugnen jetzt kaum mehr, daß sie, vorzugsweise der Kapitalistenklasse entworfen, in einem unbewußten Drange, wie einer ihrer hervorragendsten Vertreter, Professor Gneist, selbst angedeutet hat, auch für das Kapital Partei ergreifen. Daß die Kapitalmacht aber nicht national ist, das ist bekannt. So verschreibt sich das deutsche Kapital im Norden des „Vaterlandes“ Arbeiter aus russisch Polen, aus Schweden und Wallonen aus Belgien, im Süden und in Mitteldeutschland aber Arbeiter aus Italien, billige Arbeiter, die den Lohn der deutschen Arbeiter niederdrücken. Im Königreich Sachsen, wo die Italiener bei Wurzen, Weissen, Riesa schon längst zu Erdarbeiten benutzt worden sind, haben sie sich auch im Kreise Stollberg eingefunden, und wenn die Erdarbeiter verrichtet sind, so fahren diese Leute als Vergarbeiter in die Gruben ein. Warum arbeitet ihr deutschen Arbeiter nicht so billig als die Schweden und die Italiener? Wenn ihr das thut, so werden wir keine fremden Arbeiter mehr benutzen, so ruft das Kapital. — Sehe man aber sich zunächst die Lebensweise dieser Arbeiter an; im Sommer machen sie sich in den Erdwällen Höhlen, in denen sie, wenn es regnet, schlafen; bei gutem Wetter liegen sie auf etwas Stroh vor diesen Erdhöhlen. Im Winter aber schlafen sie zu 4—6 Personen in kleinen dampfigen Riethstüben. Auch das Essen ist natürlich so schlecht, daß dasselbe nur durch die äußerste Noth von einem Franzosen, Engländer oder Deutschen herniedergezogen würde.

So wüthet das Kapital gegen die Arbeiter der eigenen Nation, und somit gegen die selbst. International ist das Kapital in seinem Handel mit Menschenseich oder gebraucht man einen zarteren Ausdruck: in seinem Handel mit „Händen“, um dadurch die Arbeit immer mehr in Banden zu schlagen, mag darüber die Nation und die Cultur auch zu Grunde gehen — „nach uns die Sündfluth“ lautet der bekannte kapitalistische egoistische Grundsatz.

Aber nicht nur als Kapital-Vertreter sind die Herren Nationalliberalen antinational, nein, sie sind antinational als Bismarckverehrer.

Sie verteidigen das Bismarckische Kleindeutschland; sie billigen, daß Oesterreich aus Deutschland hinausgedrängt worden ist, sie wollen auch mit Deutsch-Oesterreich nichts mehr zu thun haben, wie folgender Brief eines Hauptvertreters der Nationalliberalen in Kleindeutschland, des Hrn. Professor Rommsen an den Wiener Lehrverein der deutschen Studenten beweist:

„Gehrte Herren! Der Lehrverein der deutschen Studenten in Wien hat mir die doppelte Ehre erwiesen, sowohl zu meinem Geburtstage mir einen freundlichen Wunsch zu senden, wie auch mich bald darauf zu seinem auswärtigen Mitgliede zu erwählen. Ich darf darauf erwidern, daß ich immer zu denen gezählt habe, welche eben so sehr in der politischen Trennung wie in der geistigen Verbrüderung mit Deutsch-Oesterreich die Zukunft unserer Nation erkannt haben und heute mehr als je erkennen. Das Band, welches uns vereinigt, hält nur um so fester, seit es keine Fesseln mehr ist, und wir älteren Männer sehen mit Hoffnung und Vertrauen vor Allem auch auf dieses lebendige Streben der deutsch-Oesterreichischen Jugend. Ich bitte Sie, Herr Obmann, diese meine Erwiderung dem Ausschuss zur Kenntniß bringen zu wollen und zugleich den Ausdruck meiner Hochachtung entgegenzunehmen. Charlottenburg, 25. Dezember 1877. Th. Rommsen.“

Also die politische Trennung von einem der schönsten Länder Deutschlands, das bedeutet die Zukunft unserer deutschen Nation, das bedeutet die Zukunft des „Deutschen Reichs“! Hier haben wir den Gegensatz zwischen „Deutsches Reich“ und „Deutschland“, das nach der Meinung des nationalen

Sängers so groß ist, „soweit die deutsche Junge Klingt“. Wo die französische, die dänische und die polnische Junge Klingt, darüber hat das „Deutsche Reich“ seine Adlerflügel ausgebreitet, aber mit dem vierten Theil des wirklichen Deutschlands will es in ewiger politischer Trennung leben.

Und diese antinationale Bismarckische Gesellschaft beruft sich jetzt oft genug des Gegenjages zu unserer Internationalität wegen auf den nationalen Vassalle.

Wie wenig diese Leute den erleuchteten Geist des großen Mannes verstanden haben! Niemals hat Lassalle die deutsche Nation betont im Gegensatz zur Internationalität, dafür war Lassalle zu sehr Kosmopolit und Sozialist, aber er betonte die deutsche Nation immer im Gegensatz zur Kleinstaaterei, im Gegensatz zu dem Partikularismus, das ganze Deutschland sollte es sein, die ganze Nation, welche er zum gemeinsamen Ringen aufzuforderte für die Freiheit und für die Menschenrechte.

Und eben dieser Lassalle würde, wenn er noch lebte, unzweifelhaft mit seiner ganzen Kraft gegen das partikularistische Bismarckische Kleindeutschland auftreten, ebenso wie er früher gegen den Partikularismus im Allgemeinen eiferte; gerade die antinationalen Nationalliberalen sie würden ihm die erbittertesten Gegner sein. „Die Nationalliberalen sind weder liberal noch national!“

Der amerikanische Arbeitercongrès.

(Schluß)

Statuten der sozialistischen Arbeiterpartei von Nordamerika.

Die Angelegenheiten der Partei werden geleitet durch die Conventionen, das Executiv-Comité und den Aufsichtsrath.

I. Die Conventionen.

a. Die National-Convention.

1) Die Partei hält wenigstens alle zwei Jahre eine National-Convention ab. Jede Sektion, welche der Partei seit wenigstens drei Monaten angehört und ihre Verpflichtungen erfüllt hat, ist berechtigt, einen Delegaten (Delegierten) für je 100 Mitglieder oder einen Bruchtheil derselben auf die National-Convention zu schicken. Jeder Delegat hat nur eine Stimme, die nicht übertragbar ist.

2) Von den Nationalbehörden suspendirte Sektionen haben erst nach Untersuchung ihrer Angelegenheiten Sitz und Stimme in der National-Convention, doch soll die Untersuchung sofort nach gegebener Mandatprüfung und Wahl des Bureaus stattfinden.

3) Die National-Convention bestimmt die Nationalplattform und Organisation, die Nomination der nationalen Kandidaten und den Betrag für die nationale Agitation, den Sitz der nächsten National-Convention, der Executive und des Aufsichtsrathes, die Gehälter der Partei-Beamten, erwählt den Protokollirenden und Finanz-Sekretär, untersucht und schlichtet Parteistreitigkeiten, die Kosten der Delegaten sollen von den Constituents (Wählern) derselben, die Geschäftskosten der National-Convention von der Partei getragen werden.

4) Eine außerordentliche National-Convention kann von 10 Sektionen in Vorschlag gebracht werden.

5) Alle der National-Convention zu unterbreitenden Vorschläge in Bezug auf Programm und Constitution, müssen 6 Wochen vorher durch die Parteiorgane bekannt gemacht werden. Erst auf der Convention unterbreitete Vorschläge bedürfen der Zustimmung von zwei Dritttheilen der Delegaten.

b. Staats-Conventionen.

1) Die Staats-Conventionen treten zu geeigneter Zeit vor den Staatswahlen zusammen. Jede Sektion von fünfzig Mitgliedern oder weniger, welche auf der Convention vertreten ist, repräsentirt eine Stimme.

2) Von den Staatsbehörden suspendirte Sektionen sind denselben Gesetzen, wie Punkt 2 der National-Convention besagt, unterworfen.

3) Die Staats-Convention bestimmt die Staats-Plattform, bewirkt die Nomination der Staats-Kandidaten und bestimmt den Sitz des Staats-Executiv-Comités.

4) Allen Staats- und Local-Plattformen soll die National-Plattform zu Grunde liegen und dürfen dieselben mit dieser nicht in Widerspruch stehen.

c. Local-Conventionen.

Die Local-Conventionen treten zu geeigneter Zeit vor den Stadt- und County-Kreis-Wahlen zusammen. Die Vertretungsweise wird durch die betreffenden Sektionen bestimmt.

II. Executiv-Comité und Aufsichtsrath.

a. National Executiv Comité.

1) Dasselbe besteht aus sieben Mitgliedern und hat aus seiner Mitte einen Protokollführer und einen Schatzmeister zu erwählen.

2) Erwahlen werden von den Sektionen derjenigen Orte vorgenommen, an denen das Executiv-Comité sich befindet.

3) Das National-Executiv-Comité ist verpflichtet:

1. Die Beschlüsse der National-Conventionen auszuführen und darüber zu wachen, daß sie von allen Parteiangehörigen beobachtet werden.

2. Die Propaganda zu leiten und zu centralisiren.

3. Die Agitation in jenen Staaten und Territorien zu leiten und die Aufsicht über die sich dort bildenden Sektionen zu führen, in denen noch keine Staatsorganisation besteht.

4. Die Partei nach innen und außen zu vertreten.

5. Beziehungen mit den sozialistischen Parteien anderer Länder anzuknüpfen und zu unterhalten.

6. Alle nöthigen Berarbeiten für die National-Convention zu machen und derselben genauen Bericht über alle Partei-Angelegenheiten zu erstatten.

7. Halbjährlich einen Bericht über den Stand der Partei und der Kasse an die Sektionen zu senden. Dieser Bericht muß durch ein Revisions-Comité, bestehend aus drei Mann, welches durch die Bezirks-Sektionen erwählt wird, revidirt werden.

4) Das National-Executiv-Comité hat das Recht:

1. In dringenden Fällen geeignete Vorschläge zu machen, welche Befehlskraft erlangen, wenn sie innerhalb zwei Monaten nach ihrer Bekanntmachung durch Urabstimmung genehmigt werden.

2. Den corr. Sekretär zur National-Convention zu senden. Dieser hat jedoch nur beratende Stimme und darf kein anderes Mandat annehmen.

3. Der corr. Sekretär des National-Executiv-Comités hat alle von demselben ausgehende Schriftstücke aufzubewahren und darüber Buch zu führen. Derselbe soll entsprechend besoldet werden.

4. Der Finanzsekretär führt die Sektions- und Mitgliederlisten und Buch über die eingehenden Beiträge, welche er gegen Quittung dem Schatzmeister einliefert. Er wird ebenfalls besoldet.

5. Der Schatzmeister empfängt die Gelder vom Finanzsekretär, zahlt alle Anweisungen des National-Executiv-Comités aus, nachdem diese vom corr. Sekretär und einem Mitgliede des National-Executiv-Comités gegengezeichnet sind, giebt dem National-Executiv-Comité in jeder Sitzung und der Partei jährlich Bericht über den Stand der Kasse und stellt eine vom National-Executiv-Comité zu bestimmende Bürgschaft.

b. Staats-Executiv-Comité.

1) Die Staats-Executiv-Comités sind ebenso organisiert wie das National-Executiv-Comité.

Ihre Pflichten und Rechte gegenüber der Staats-Organisation:

2) Dieselben übersenden monatlich die Staatsbeiträge an das National-Executiv-Comité.

3) Dieselben sollen vierteljährlich dem National-Executiv-Comité über die Staatsangelegenheit Bericht erstatten.

III. Aufsichtsrath.

a. Der Aufsichtsrath besteht aus 7 Mitgliedern.

b. Der Aufsichtsrath ist verpflichtet:

1) Die Thätigkeit der Executiv-Comités und der Partei zu überwachen.

2) Vorkommende Streitigkeiten innerhalb der Partei binnen 4 Wochen nach Empfang des nöthigen Materials zu schlichten und der National-Convention eingehenden Bericht darüber zu erstatten.

Der Aufsichtsrath kann in dringenden Fällen Parteibeamte, einschließlich der von der National-Convention ernannten suspendiren, muß indessen solche Suspension sofort der Urabstimmung unterbreiten, deren Ergebnis nach vier Wochen zu verklären ist.

Der Aufsichtsrath ist berechtigt, einen Delegaten zur National-Convention zu senden unter den gleichen Bedingungen wie das National-Executiv-Comité.

Sektionen.

1) 10 Personen gleicher Sprache können eine Sektion bilden, wenn sie die Plattform, Statuten und Beschlüsse der National-Convention (resp. diejenigen der Staats-Convention) anerkennen und keiner anderen politischen Partei angehören. Sie haben ihre Aufnahme beim National-Executiv-Comité und dem corr. Staats-Executiv-Comité nachzusuchen, indem sie gleichzeitig dem National-Executiv-Comité die Mitgliederliste und dem Staats-Executiv-Comité die Beiträge für einen Monat einsenden.

2) An jedem Orte soll nur eine Sektion bestehen.

3) Jede Sektion ist für ihre Mitglieder in Parteiangelegenheiten haftbar.

4) Jede Sektion soll jährlich über ihre Wirksamkeit, Mitgliederzahl und ihren Kassenbestand Bericht an das Staats-Executiv-Comité (resp. National-Executiv-Comité) erstatten, und gutes Einvernehmen mit den Gewerksvereinen halten und deren Gründung auf sozialistischer Grundlage befördern.

5) Sektionen haben das Recht, eine außerordentliche Staats-Convention zu beantragen. Zu den Sektionen gehören die Ward- (Stadtviertel-) und Distrikt-Organisationen, deren Mitglieder solche der nächstfolgenden Sektionen sind. Keine Sektionsgeschäfte können in den Ward- und Distrikt-Organisationen vorgenommen werden. Alle neu aufzunehmenden Mitglieder müssen in der nächsten Geschäftsitzung zur Abstimmung vorgebracht werden.

Sollten Personen, Mitglieder der Sektionen (Ward- und Distrikt-Organisationen mit eingerechnet) werden wollen und gegen diese Aufnahme Protest erhoben werden, können sie nur durch eine 2/3 Majorität aufgenommen werden. Eine Majorität kann ein Mitglied ausschließen.

Aus Berlin.

— 21. Januar.

Ich kann mir nicht helfen, ich muß, selbst auf die Gefahr hin, in den Ruf eines „Reichsfeundes“ zu kommen, heute den Alexikalen Eins am Zeuge sitzen. Die Debatte über den Wapinger Schwindel im preussischen Abgeordnetenhaus giebt mir dazu wohlverdiente Veranlassung. Als die Herren den Antrag einbrachten, die Regierung aufzufordern, der Gemeinde Wapingen die zwangsweise von der Regierung zu Trier für eine Militärreligion erhobenen 4000 Mark zu erheben, da bliesen sie sich auf wie junge Kampfhähne und posamten in die Welt hinein, jetzt den Punkt gefunden zu haben, um die Culturkämpfer aus den Angeln zu heben. Alle Welt war neugierig, und als die Nationalliberalen nun auch verkündeten, daß sie bei

der Debatte dem Wunder selbst furchtlos auf den Leib rücken wollten, da hoffte man wenigstens ein glanzvolles Turnier mit anzuschauen. Aber es kam anders. Die nationalliberale Drohung hatte gewirkt. Die liberalen Colonnen waren schüchtern geworden. Zwar versuchte es der Abgeordnete Bachem, sich auf hohem Rosse aufzuspielen, doch gelang ihm dies schlecht — er mußte eben an dem Wunder vorbeistreichen und das wollte nicht gehen. Das Pathos des Liberalen wurde durch den Wapinger Pfaffenwindel erstickt. — Der Minister Friedenthal hatte deshalb auch ein leichtes Spiel; er stellte sich auf den Boden der Thatsachen und verwies auf die schwebenden Gerichtsverhandlungen. Dabei hat der Herr aber in der unverantwortlichsten Weise die Sozialdemokratie herbeigezerrt, sodaß selbst liberale Abgeordnete in Erstaunen gerieten. Der Minister behauptete nämlich, daß gleichzeitig mit dem Wapinger Schwindel eine gefährliche sozialdemokratische Bewegung hervorgetreten sei. Wo dies gewesen, wurde nicht gesagt — Jedermann muß nun glauben, daß in Wapingen selbst mit dem Wanderschwindel vereinigt diese Bewegung sich gezeigt habe. Ueber solche Redereien wird jedenfalls jeder Sozialdemokrat lachen; dem Herrn Minister Friedenthal ist aber zu verzeihen, daß er dem laubläufigen Glauben gemäß alles Rothe für Sozialdemokratie ansieht, so auch die blutigen Schweißtropfen. Daß er aber durch seine Redereien das Volk ebenso täuscht in Bezug auf eine große Partei, wie die Wapinger Schwindler das Volk täuschen in Hinsicht auf die Vernunft, das dürfte eigentlich einem klugen Mann nicht entgehen — doch dem Feinde und besonders den Sozialdemokraten gegenüber ist Alles erlaubt: der Zweck heiligt die Mittel.

Wahrhaft lächerlich benahm sich übrigens der Abgeordnete Windthorst. In seiner Truttbahnboßheit vergaß er dem Minister in Bezug auf das sozialdemokratische Ei, welches den Liberalen untergeschoben werden sollte, zu antworten; ja er vergaß sich sogar so weit, die Sozialdemokratie in „Stöcker'scher“ Weise zu denunzieren. Er beklagte sich, daß die Soldaten in Wapingen auf die Betenden eingestürzt seien, daß aber die Sozialdemokraten unbelästigt geblieben, als Rosi im Eiskeller alle Pfaffen habe ermorden wollen; ein Staat aber, der den Pfaffenmord des Herrn Rosi zugebe, der müsse zu Grunde gehen.

Wenn die Liberalen im Abgeordnetenhaus oder im Reichstage sich noch öfter so ungeschickt zeigen, und wenn Windthorst noch mehr solche traurige Reden hält, dann ist die Zeit sehr nahe, wo auch ich ihm zurufe:

„Roch' Deine Rechnung, Windthorst, mit dem Himmel, Bald hört man nicht mehr Deiner Glod' Gebimmel.“

„Mörder! Mörder!“ wird dann die kleine Erzählung rufen, und drohend erblickt er in der „hohlen Gasse“, durch welche er kommen muß, die starrende Mündung eines — Bozenbogens. — Doch im Ernst, es ist sehr schlimm für die Liberalen, daß Windthorst so auf den — Stöcker gekommen ist.

In Bezug auf die Gründung einer großen Bismarck'schen „Mittelpartei“, von welcher die besseren Elemente der Fortschrittspartei nicht ausgeschlossen werden sollen, und wie das schon erwähnte Schreiben des Herrn Hänel auch hervorhebt, gar nicht ausgeschlossen sein wollen, erklärt die „Nationalztg.“, indem sie sich mit besonderem Pathos auf das „liberale Bürgerthum“ bezieht:

„Ob dieses Bürgerthum fortschrittlich, ob es nationalliberal oder in einer Reihe von Fällen freikonservativ wählt, ist sehr oft nur eine lokale Frage oder eine Frage der Persönlichkeit.“

— Fortschrittlich, nationalliberal, freikonservativ, das ist alles egal, nur ein lokaler Unterschied! Das wußten die Sozialdemokraten schon lange, ja das wußte schon Lassalle, als er das berühmte gewordene Wort von der „einen reaktionären Masse“ aussprach. Doch man sträubte sich bis jetzt immer dagegen, nun aber spricht man es selbst aus.

Der Kaiser von Rußland hat einen höchst eigenhändig geschriebenen Dankesbrief an den Commandanten des preussischen Gardecorps geschickt, in welchem er dem Gardecorps sein unvermindertes Wohlwollen ausdrückt. Die „Magdeburgische Zeitung“ bemerkt in ihrer Herzensfreude dazu:

„Das Schreiben vom 18. Dezember v. J., sowie die Antwort vom 30. Dezember v. J. bedürfen keines weiteren Commentars. Beide Schriftstücke legen Zeugnis von dem kameradschaftlichen Bande ab, welches das preussische bezw. deutsche und das russische Heer mit einander verbindet.“

Die Schreiben bedürfen also keines Commentars? Als im Jahre 1864 die österreichischen und preussischen Soldaten, durch kameradschaftliche Bande vereinigt, in „treuer Waffenbrüderschaft“ gegen die Dänen kämpften, da jubelten die Blätter in

Ein pädagogisches Buch.

(Fortsetzung.)

„Daß übrigens in einer und derselben Gemeinde nicht verschiedene Standes-Volksschulen neben einander bestehen sollen, ergibt sich aus allem Obigen.“

Ueber die Stellung der Volksschule im Staate und zur Kirche spricht sich der Verfasser unter Andern wie folgt aus: „Der Staat allein ist im Stande, eine allgemeine Volksbildung sicher zu stellen; von ihm kann und muß erwartet werden, daß er sich über Sonderinteressen erhebe, und daß er das öffentliche Wohl zum Ziel seines Strebens mache; er erntet die Früchte der Jugendbildung, und ihm fallen die Verwahrlosten zur Last. Die Kinder werden ja einst Bürger und daher ist die Art ihrer Erziehung eine Hauptfrage des öffentlichen Heils oder Unheils. Ein Staat, welcher seine Selbsterhaltung und sein Gedeihen im Auge hat, muß eben so sehr für seine geistige und sittliche Wehrkraft sorgen, wie für seine militärische. Und wenn es dem Gemeinwesen obliegt, für Armen- und Nachthäuser zu sorgen, so steht ihm auch das Recht zu, daß Bedürfnis solcher Anstalten auf ein möglichst geringes Maß zurückzuführen, was ohne Zweifel am Besten durch eine planmäßige und allgemeine Jugendbildung geschehen kann. Diese wichtige Angelegenheit aber dem Zufall, der freiwilligen Thätigkeit oder dem Willen der „Kirche“ zu überlassen, dazu können sich nur solche Staaten verstehen, welche aus der gesamten bisherigen Geschichte der Völker nichts gelernt haben. Freilich setzen wir, wenn wir die Jugendbildung als Staatsfrage betrachten, einen solchen Staat voraus, welcher vermöge seiner Verfassung das Gemeinwesen zu fördern im Stande ist und allen guten Elementen Antheil an der Volksbildung gewährt.“

— Die reine Volksschule hat mit der Kirche gar nichts zu schaffen. Jene ist ein bürgerliches, weltliches Institut, ihr Prinzip ist die Gemeinsamkeit der Bestrebungen, die Ausgleichung der Gegensätze, ihre Aufgabe die allgemeine menschliche, volkstümliche und im Leben brauchbare Bildung der gesamten Jugend. Auf confessionelle Tendenzen kann sie sich nicht einlassen, wenn sie nicht in eine einseitige Richtung, in einen Widerspruch mit sich selbst gerathen, wenn sie eine friedliche, einheitliche und

Deckerreich in Hinsicht auf diese Vereinigung und eines Commentars bedurfte es damals dazu auch nicht. Da kam das Jahr 1866 und schrieb den Commentar!

Sozialpolitische Uebersicht.

— Zur deutschen „Neutralität“. In der „Stuttgarter Zeitung“ vom 19. d. wird aus Crailsheim dd. 15. Jannar ganz harmlos gemeldet:

„Unsern Bahnhof passirte heute Nachmittag ein von Rottweil kommender Pulverzug; er fuhr unter badischer Bedeckung und ist nach dem russischen Kriegsschauplatz bestimmt.“

Bravo! Das stimmt zu den ins russische Lager „abcomman-dirt“ preussischen Militärärzten und den „aus dem deutschen Armeeverband entlassenen“ Offizieren, welche die russischen und rumänischen Soldaten seit vorigem Sommer commandiren. Apropos! An den deutschen Grenzfestungen gegen Rußland wird eifrig gearbeitet. Man denkt also in Berlin doch an die Möglichkeit einer Auseinandersetzung mit dem „Erbfreund“. Nun, was jezt ohne einen Tropfen Blut zu erreichen war, werden wir in wenigen Jahren mit Strömen von Blut erlämpfen müssen. Man nennt das „genial“.

— Das Stärkeverhältniß der Parteien im Reich und Reichstage auf Grund der Reichstagswahlen am 10. Jannar 1877. Die amtlichen Listen geben an, daß am 1. December 1875 die ortsanwesende Bevölkerung 42,727,368, die Zahl der Wahlberechtigten 8,943,000 betrug. Davon haben am 10. Jannar 1877 abgestimmt 5,557,700, also etwa 60 Prozent. Es erhielten Stimmen:

Die Candidaten der Conservativen . . .	538,740,
„ „ „ Freikonservativen . . .	426,468,
„ „ „ Nationalliberalen, incl. d. Gruppe Löwe . . .	1,712,000,
„ „ „ Fortschrittspartei . . .	438,190,
„ „ „ Centrumpartei . . .	1,416,807,
„ „ „ Polen . . .	219,159,
„ „ „ Sozialdemokraten . . .	485,122,
„ „ „ Volkspartei . . .	57,147,
„ „ „ Partikularisten . . .	112,496,
u. s. w.	

Die gewählten Reichstagsabgeordneten vertheilen sich auf die genannten Parteien wie folgt: Conservative 40, Freikonservative 38, Nationalliberale incl. Anhang 140, Fortschrittler 35, Centrum 96, Polen 13, Sozialdemokraten 12, Volkspartei 3, Partikularisten 5.

Durchschnittlich kommen bei 5,557,700 Wählern und 397 Abgeordneten auf jeden Gewählten 14,000 Stimm-n. Die Durchschnittsziffer stellt sich auf Grund der oben mitgetheilten Ziffern wie folgt:

Conservative . . .	13,470,
Freikonservative . . .	11,224,
Nationalliberale ic. . .	12,230,
Fortschrittler . . .	12,520,
Centrum . . .	14,700,
Polen . . .	16,860,
Sozialdemokraten . . .	40,420,
Volkspartei . . .	19,050,
Partikularisten . . .	22,500.

Diese Zusammenstellung, welche dem Blatte des antisozialdemokratischen Arbeitercongresses, „Die soziale Frage“, entnommen, ist ohne Zweifel ungenau! Es scheinen die Elsaß-Lothringer Abgeordneten vergessen zu sein. Zählt man die angegebenen Zahlen der Abgeordneten der einzelnen Parteien zusammen, so erhält man nur die Zahl 382, während die Zahl doch 397 betragen muß, und auch mit letztgenannter Zahl experimentirt worden ist; auch hat die Volkspartei nicht 3, sondern 4 Sitze im Reichstag. Die Zusammenstellung ist also ungenau — wir werden dieselbe nach den amtlichen Listen ergänzen und unsere Schlüsse dann erst ziehen. Dr. Max Hirsch in seinem Organ faßt das Ergebnis seiner Zusammenstellung folgendermaßen zusammen:

„Es giebt zum ersten Denken Veranlassung, wenn die Candidaten der ersten vier Parteien, die wir als die reichsfreundlichen hinstellen wollen, hinter der Durchschnittsziffer von 14,000 zurückbleiben, während die der fünf anderen zum Theil recht ansehnlich, wie bei den Sozialdemokraten, über jene Ziffer hinausgehen. Es wird Zeit, daß wir uns zu einmütigem Handeln und Arbeiten aufraffen, wenn nicht aus der Herrlichkeit die Gegner den Rücken ziehen sollen!“

Zu den ersten vier Parteien gehört auch die Fortschrittspartei, die nach Herrn Hirsch auf demselben Niveau sich befindet

der Natur des Kindes entsprechende Wirksamkeit entfalten will. Demnach ist gar nicht einzusehen, weshalb die Volksschule entweder gänzlich oder theilweise unter der Aufsicht der Geistlichen stehen soll. Das alte Geschwäh von dem historischen Rechte der Kirche an die Schule sollte doch nunmehr in seiner Richtigkeit erkannt sein. Wird es doch selbst von Theologen als unhaltbar bezeichnet.“

„In der That ist die Volksschule nichts anderes, als der Borhof des bürgerlichen Lebens. Und es ist nur eine dreiste Annahme, wenn die sogenannte Kirche, das ist in Wirklichkeit die Priesterschaft dem Staate, dem bürgerlichen Gemeinwesen verwehren will, Volksschulen herzustellen, wie sie eben im öffentlichen Interesse notwendig sind. Wenn dabei kirchliche Angelegenheiten gar nicht in Betracht kommen, weder gefördert noch geschädigt werden, wenn die Volksschule confessionell neutral ist: welche Befugniß hat dann die „Kirche“ sich einzumischen? — So wenig wie der Künstler, der Militär, der Bauer, der Gewerbetreibende u. s. w. als solcher ein Anrecht auf die Volksschule hat, so wenig hat es der Priesterstand, und so wenig es ein Kunstverein, ein Gewerbeverein, ein landwirtschaftlicher, ein politischer Verein hat, so wenig hat es ein Religionsverein. Allerdings haben alle Elemente und Corporationen, aus welchen sich das Gemeinwesen zusammensetzt, sofern ihr Dasein mit dem öffentlichen Wohle verträglich ist, ein Interesse an der Jugendbildung; aber eben weil sie es alle haben, darf es nicht einem einzigen Stande überantwortet werden. Geschähe dies, so müßte in jedem Falle, müßte nun das Gewerbe oder der Landbau, oder die Kirche u. s. w. der begünstigte Theil sein, die Volksschule der Einseitigkeit und der Verkümmern anheimfallen.“

„Die Geschichte beweist ja auch hinlänglich, was aus der Schul- unter kirchlicher Herrschaft geworden ist. Die Priesterschaft pflegt ihr Verdienst um die Schule und ihr Anrecht an die Schule mit der Phrase zu beweisen, die Kirche sei die Mutter der Schule. Wenn dies auch wahr wäre, so würde doch daraus nicht folgen, daß die Schule noch immer unter kirchlicher Aufsicht stehen müßte. Bleibt denn eine Tochter auf immer die Untergebene der Mutter? Wird die Tochter auch dann nicht mündig und selbstständig, wenn sie erwachsen ist und einen Gemahl

wie die Parteien der Conservativen — alle brüderlich umschlungen — eine einzige reichsfreundliche reaktionäre Bismarck'sche Masse!

— O welche Lust Schullehrer zu sein! Am 6. d. M. starb in Roth und Glend die 70jährige Lehrermittwe Marie Hoffmann in Elbing, nachdem ihr Mann vor 10 Jahren nach 47jähriger Ausübung seines Lehrerberufs in Rammendorf ihr vorangegangen war. Die Wittwe erhielt keine Pension, sondern von Rammendorf nur eine Unterstützung von 54 Mark jährlich. Diese Thatsache spricht lauter, als alle noch so pathetischen Demonstrationen.

— Die Amnestiefrage in Frankreich. Bei dem Leichenbegängniß Raspail's (am 13. d. M.), das zu einer großartigen Volkstungebung Anlaß gab, ertönte wiederholt aus Tausend und Abertausend Kehlen der Ruf nach Amnestie. Wenn man bedenkt, daß in den Pariser Arbeitervierteln wohl keine Familie lebt, der nicht irgend ein Angehöriger, in nur zu vielen Fällen der Ernährer, durch die Nachorgien der Bourgeoisie entrisen, und — von den Gemordeten abgesehen — in die Verbanntung gejagt oder in die glühende Folterkammer von Neu-Caledonien gesperrt worden ist, so kann man sich keinem Zweifel darüber hingeben, daß dieser Ruf keineswegs, wie die Gegner behaupten, ein bloßer Theaterkoup war, sondern sich dem Herzinnersten des Volks entronnen hat. An wen richtete sich der Ruf? An Mac Mahon? Nein! Das Volk kennt diesen bigotten Pfaffenknecht und brutalen Menschenhächter. An Dufaure, seinen Minister? Nein! Das Volk kennt diesen grausamen, herzlosen Ordnungshanditen. Der Ruf galt der republikanischen Kammermajorität. Vor der Oktoberwahl wurde freilich die Amnestiefrage im allgemeinen Vertrauensbusel bei Seite geschoben, aber moralisch wurden die „Republikaner“ auf die Amnestie verpflichtet.

Werden Sie diese Verpflichtung jezt anerkennen, den Wechsel, welchen das Volk in seinem Vertrauensbusel auf sie gezogen hat, escomptiren? Schwere! Oder correcter ausgedrückt: sicherlich nicht. Die Herren der Majorität haben, seit sie wieder gemüthlich beisammen sind, die Amnestiefrage mehreremale auf ihrem Wege gefunden, sie sind ihr aber regelmäßig aus dem Wege gegangen. Die wiederholten Versuche einiger Mitglieder der äußersten Linken, einen Amnestieantrag vor die Nationalversammlung zu bringen, sind an dem hartnäckigen Widerstand der „honnetten Republikaner“ gescheitert. Und vorläufig ist auch keine Aussicht auf Ueberwindung dieses Widerstands vorhanden. Eine Amnestie für Prehorgeden, eine Amnestie für sonstige politische Verurtheilungen aus der „Constituente“ vom Mai vorigen Jahres an — mit Vergnügen. Allein eine Amnestie für die Kämpfer der Commune, für die Sozialisten, nimmermehr. Ein paar vereinzelte „Vergnügungen“, um den Schein der Humanität zu wahren, und damit basta! Wer diese Auffassung zu pessimistisch findet, der erinnere sich, daß Thiers, der Massenmörder des Proletariats, in dieser „republikanischen“ Majorität auf der Linken seinen Platz hätte und der größeren Hälfte in vielen Punkten „zu liberal“ wäre.

Die Wünsche des Volks werden also nicht erfüllt werden. Auch gut. Es wird lernen. Um die unglücklichen Tausende in Neu-Caledonien that es uns leid! Mit wenigen Ausnahmen werden sie dem ungesunden Klima und der bestialischen Behandlung erliegen. Jades so will es nun einmal das eberne unerbittliche Gesetz der menschlichen Entwicklung gegenüber dem reaktionären Egoismus der herrschenden Minderheit: kein Fortschritt, der nicht mit den furchtbarsten Opfern, keine Erkenntniß, die nicht mit den bittersten Prüfungen, dem schwersten Glend erkauf werden müßte. Christenblut ist Christensamen, hieß es vor anderthalb Tausend Jahren. Sozialistenblut ist Sozialistensamen heißt's heute. Ob's auf der Barrikade oder am Marterspahl stromweise vergossen, oder im Exil und auf der trocknen Guillotine tropfenweise hingegossen wird — gleichviel: Sozialistenblut ist Sozialistensamen. Und der Samen wird aufgehn.

— Die Russen verzögern auf jede mögliche Weise die Waffenstillstandsverhandlungen; theils, um ihre militärische Superiorität möglichst auszunutzen, theils, weil mit England ein Depeschenwechsel ernstester Art stattfindet, der, bei der geringsten unvorsichtigen Wendung, in einer Kriegserklärung enden kann. Dank der Bismarck'schen „Neutralitätspolitik“ ist Rußland so weit vorgegangen, daß ihm die Umkehr sehr schwer wird. Und ein Borrücken über Adrianopel hinaus — das unterliegt kaum einem Zweifel — wird zu einem Konflikt mit England, wahrscheinlich auch mit Oesterreich führen. Die Gespanntheit der Lage erhellt recht deutlich aus dem eigenhändigen Brief, welchen die

gefunden hat? — Nun wohl, die Schule ist erwachsen und mündig, und wenn die Kirche ihre Mutter ist, so ist der Staat ihr Gemahl, dem es zukommt, die Präntionen seiner Schwiegermutter zurückzuweisen. In der That aber ist die Volksschule, die heutige Volksschule, die Tochter, mindestens die Adoptivtochter des Staates, er hat sie in manchen Ländern erst geschaffen, in den Andern wenigstens zu dem gemacht, was sie ist. Die alte Schulumutter war in manchen Ländern ganz unfruchtbar, gebar in den Andern Ländern nur Kinder, die den Keim des Siechthums und Todes in sich trugen. Wenn die „Kirche“ an sich Volksschulen hervorzubringen geeignet wäre, so müßte sie es doch am Besten da thun, wo sie ganz unumchränkt herrscht. Was hat sie denn z. B. in Italien und Spanien geleistet? Nichts. Und wo sie etwas geleistet hat, geschah es nur, weil sich der Staat ihrer als Organ bediente, bedienen mußte, so lange er bessere Organe noch nicht hatte. Auch in solchem Falle kam aber nirgends etwas Erfreuliches zu Stande, weil eben jede „Kirche“ zur Einseitigkeit neigt. Nach dem Zeugniß der Geschichte ist unsere Volksschule ganz unzweifelhaft eine Schöpfung des weltlichen, des staatlichen Regiments.

Wenn wir die Volksschule als eine Pflanzstätte allgemeine menschlicher und bürgerlicher Bildung betrachten, so ist damit auch schon gesagt, daß sie einen confessionellen Charakter nicht haben dürfe. Denn alles Confessionelle ist seinem Wesen nach separatistisch; es besteht in subjectiven Meinungen, deren Wahrheit durchaus unerweislich ist, führt daher zu Spaltungen des Gemeinwesens, und, wenn es der unreifen Jugend ange-nöthigt wird, zum blinden Glauben und zur geistigen Unfreiheit. Die Anleitung der Kinder zu einem bestimmten Bekenntniß und zu gewissen Cultusformen kann die intellektuelle, moralische und bürgerliche Bildung, ja selbst das religiöse Leben der Kinder nicht fördern, sondern nur beeinträchtigen, ist also nicht notwendig, nicht einmal heilsam, sondern gemeinschädlich; nur der Priesterstand kann dabei seine Rechnung finden.“

— Ferner kann man doch gerechter Weise nicht der ganzen Bevölkerung zumuthen, die Mittel für Confessionsschulen aufzubringen, welche nur einem Theile, wenn vielleicht auch einem großen Theile der Bevölkerung genehm sind. — Und endlich ist es in jedem Falle eine Gewaltthatigkeit

Königin von England an den Czaren gerichtet hat, und in welchem sie denselben in ziemlich unverblümten Ausdrücken warnt. Der Brief soll in Petersburg arg verschmüpft haben, was allerdings leicht zu begreifen. Unter solchen Verhältnissen konzentriert sich alles Interesse auf dieses diplomatische Duell. Berliner Offiziere suchen uns durch die Meldung Sand in die Augen zu streuen, Rußland werde unerwartet mächtige Friedensbedingungen machen, was wesentlich den Rathschlägen der deutschen Regierung geschuldet sei. Das ist Humbug. Daß Rußland in der Möglichkeit sich befindet, unmäßige Bedingungen stellen zu können, das ist der Politik des Fürsten Bismarck geschuldet. Wenn es mit diesen unmäßigen Bedingungen nicht hervorzutreten wagt, und in letzter Stunde sich noch das Mäntelchen der Mäßigung umwerfen sollte, so ist das einzig und allein dem „eingeroßten“ Schwert Englands geschuldet, dessen schneidige Hiebe den Herren Russen von der Alma und von Inkerman her noch sehr wohl im Gedächtniß sind.

— Eine für die Presse nicht unwichtige Frage schwebt jetzt vor den sächsischen Gerichten. Vor einigen Monaten wurde uns von dem Hamburger Gericht ein spaltenlanges Erkenntniß gegen den Verfasser einer im „Vorwärts“ erschienenen Einseitigung zugesandt, mit der Aufforderung, dasselbe im Inseratenteil zu veröffentlichen — natürlich auf Kosten des Verurtheilten. Wir verweigerten die Aufnahme, indem wir uns auf § 200 des Reichsstrafgesetzbuchs stützten, der nur die Aufnahme „des verfügbaren Theils“ eines Erkenntnisses heischt. Von unserer Weigerung in Kenntniß gesetzt, wandte das Hamburger Gericht sich an das Leipziger Bezirksgericht mit dem Ansuchen, auf Grund des § 10 des Reichsstrafgesetzbuchs die Redaktion des „Vorwärts“ zur unverkürzten Aufnahme des gesammelten Erkenntnisses zu zwingen.

Der angezogene § 10 des Preßgesetzes lautet:
Der verantwortliche Redakteur einer periodischen Druckschrift, welche Anzeigen aufnimmt, ist verpflichtet, die ihm von öffentlichen Behörden mitgetheilten amtlichen Bekanntmachungen auf deren Verlangen gegen Zahlung der üblichen Einrückungsgebühren in eine der beiden nächsten Nummern des Blattes aufzunehmen.

Die Redaktion des „Vorwärts“ verweigerte, nach Rücksprache mit einigen Collegen und Rechtsanwälten, auch jetzt die Aufnahme und zwar, weil sie ein gerichtliches Erkenntniß, zumal ein in einem Privatprozeß erlassenes, unmöglich als „öffentliche Bekanntmachung“ im Sinne des Gesetzes auffassen kann.

Das Leipziger Bezirksgericht erster Instanz erachtete in Uebereinstimmung mit der Staatsanwaltschaft, unsere Einwände für begründet und lehnte das Gesuch des Hamburger Gerichts ab.

Dieses hat sich jedoch dabei nicht beruhigt, und die Sache schwebt gegenwärtig vor dem Dresdener Obergericht, dessen Entscheidung wir, sobald sie uns bekannt, unverzüglich mittheilen werden.

— Ein Wurm, der nicht sterben kann, ist der Reichsbacher Prozeß (Wahlflugblatt betreffend) gegen Diebknacht. In erster Instanz blühte bekanntlich der Herr Staatsanwalt mit seiner gewaltigen Anklage ab und wurde Diebknacht im September vor. J. s. nur zu 30 Mark Geldbuße verurtheilt. Der Staatsanwalt gab sich damit nicht zufrieden, und auf den 13. Februar dieses Jahres ist Diebknacht vor das Breslauer Appellationsgericht geladen, aber nicht mehr wegen § 130, sondern bloß wegen „Theilnahme an einem Vergehen gegen § 131.“

— Zur deutschen Reichsherrlichkeit. Genosse Boof in Chemnitz, der sieben nach jahrelangem Gefängniß seine „Freiheit“ wiedererlangt hat, ist aus Chemnitz ausgewiesen worden. Nur aus Gnade darf er noch drei Wochen dort bleiben.

— Berichtigung. In Nr. 6 des „Vorwärts“ hat sich beim Abdruck der Ansprache der „Rundschau“ in der Preisnotirung ein Fehler eingeschlichen, indem die „Rundschau“ monatlich nur 15 Pf. (fünfzehn), nicht 25 Pf. kostet.

Manifest der sozialistischen Partei in Brabant (Belgien).

Dadurch, daß wir uns zu der in der Gründung begriffenen sozialistischen Partei in Belgien bekennen, sowie dadurch, daß wir uns als Brabanter Zweig dieser Partei konstituieren, beabsichtigen wir, in erster Linie dazu beizutragen, daß alle Lebenskräfte des Sozialismus in einem Brennpunkt vereinigt werden.

gegen die menschliche Natur, dem Kinde, das noch nicht prüfen und wählen kann, ein Bekenntniß aufzudrängen. Die Kinder haben weder katholische, noch lutherische, noch mosaische Anlagen, und sollen daher auch nicht nach dem einen oder anderen Bekenntniß geschieden und unterrichtet werden; wenigstens hat die Volksschule mit solcher Scheidung und solchen Unterriechen nichts zu schaffen. Man sagt zwar, die Kinder naturgemäß behandeln, das heiße nicht, sie nach dem selbst erfundenen Gedanken des menschlichen „Geistes“, sondern es heiße, sie nach „Gott gefeierter Bestimmung“, nach den „schöpferischen Gedanken Gottes selbst“ leiten. Allein, wer sagt uns denn, welches diese „Gott gefeierter Bestimmung“ des Menschen, diese „Gedanken Gottes“ seien? — Die Priester sagen es uns, und weil es verschiedene Arten von Priestern gibt, so gibt es sehr verschiedene Satzungen, welche alle auf Gott zurückgeführt werden. Möchten doch die klugen Thoren, welche Gottes Geheimnisse zu wissen wähen, das biblische Wort bedenken: „Meine Gedanken sind nicht eure Gedanken!“

(Schluß folgt.)

— Zur Heiligkeit der Ehe. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt: Der spanische Congress hat sich mit einer sehr delikaten Angelegenheit, der Verheirathung des Königs, beschäftigen müssen. Wie vorausgesehen war, genehmigten die Deputierten und Senatoren das Projekt und nur vier Stimmen erhoben sich dagegen, die Ansicht eines der Collegen theilend, welcher die Verheirathung des Alfonso's mit der Tochter Montpensier's als nicht im Staatsinteresse gelegen erklärte. In der That kann die Heirath, wie die Mehrheit meinte, der alfonso'schen Politik keinen Eintrag thun, sie ist im Gegentheil geeignet, die Monarchie zu heilen, weil nun auch die Montpensier'sten zu ihr halten müssen, und wenn man selber kein ist, weiß man den Zuwachs einer kleinen Gruppe zu schätzen. In anderem Lichte zeigt sich der ganze Vorgang, wenn wir die Sache menschlich betrachten. Es macht einen widerlichen Eindruck, ein ganzes Parlament in der Rolle von Kuppelern zu sehen. Oder kann man die Lehre, daß ein Fürst, wenn er gleich einem andern anständigen Menschen diejenige zur Frau nehmen möchte, welche seine Keilung bedingt, sein Gefäß der sog. Staatsraison unterordnen müsse — kann man diese Lehre etwa eine moralische nennen? Sie paßt zu der Auffassung von der Ehe, welche die allgemeine herrschende (?) ist, gar

Wir wollen zu gemeinschaftlichem Vorgehen diejenigen vereinigen, welche der Ansicht sind, daß in Belgien ebenso wie anderwärts die Gesellschaft ihre Entwicklungs- und Umgestaltungs-Stadien noch lange nicht durchlaufen hat, daß ferner die gesellschaftlichen Reichthümer keineswegs den Grundbedürfnissen der Gerechtigkeit entsprechend unter die Menschen vertheilt sind, und daß es in Folge dessen bei uns wie anderwärts an der Zeit ist, gründliche und radikale Abänderungen herbeizuführen in der Produktionsweise sowohl wie auch in der Vertheilung und in dem Umlauf der Güter, in der Organisation der Arbeit, in der Neugestaltung des Austausches, der Eigentumsverhältnisse, des Unterrichtswesens, der Rechtspflege, der Strafgesetzgebung u. s. w.; mit einem Worte, in den verschiedenen Einrichtungen und Keilungen der gesellschaftlichen Thätigkeit.

Nun sehen wir aber, daß alle diese verschiedenen Einrichtungen und Verhältnisse zum guten Theil von der bestehenden Gesetzgebung abhängen, und daß sie aufrecht erhalten werden durch die gegenwärtige Staatsgewalt. Wir glauben daher, daß, wenn es uns gelingen soll, neue Zustände zu schaffen, die Allen das größtmögliche materielle Wohlbefinden und die höchste Ausbildung ihrer Geistes- und Charakterbildung sichern — wir glauben, daß dann die Nothwendigkeit an uns herantritt, täglich und stündlich gegen die ungerechten Gesetze und die willkürlichen Maßregeln anzukämpfen, indem wir zu diesem Kampfe uns aller Waffen bedienen, welche die Institutionen unseres Landes uns an die Hand geben, und indem wir Einsprüche erheben gegen die Rechtsverweigerungen und den Genuß der Volksrechte, der geringsten sowohl wie der höchsten, für uns fordern. Aus diesen Gründen haben wir geglaubt, daß es für die belgischen Sozialisten an der Zeit sei, von ihrer bisherigen systematischen Einbildung in politischer Hinsicht abzulassen und sich als politische Partei zu konstituieren. Diese neue Partei kann als die Partei der Zukunft betrachtet werden im Gegensatz zur Partei der Doktrinäer, die gerne Alles beim Alten belassen möchte, und im Gegensatz zur katholischen (ultramontanen) Partei, die von einer Umkehr zu den Zuständen vergangener Jahrhunderte träumt.

Um zur Konstituierung dieser neuen Partei zu gelangen, wenden wir uns an alle Anhänger des sozialen Fortschrittes, an alle Sozialisten, an die verschiedenen Gruppen und Vereinigungen, sowie auch an Einzelstehende, ohne Unterschied der Parteischattirung oder der Schule, der sie anhängen, sowie auch ohne Unterschied der Gesellschaftsklasse, welcher sie durch ihre Geburt oder ihre Stellung angehören. In der That, obwohl sich die Anhänger des modernen Sozialismus hauptsächlich aus der Masse der Arbeiter rekrutieren, und obwohl eine seiner Hauptaufgaben die Emanzipation der Proletarier und insbesondere die Abschaffung der Lohnsklaverei ist, wissen wir dennoch, daß die großen sozialen Reformen, welche wir beabsichtigen, sich nicht einzig und allein zum Vortheil einer einzigen Klasse, sondern zum Vortheil aller Mitglieder der Gesellschaft vollziehen werden.

Wir vertreten also nicht nur die Sache der Handarbeiter, sondern die der Proletarier überhaupt; ja noch mehr, es ist die Sache der gesamten Menschheit, welche wir vertreten. Denn ebenso wie die Arbeiterfrage (oder die Frage der Lohnarbeit) trotz ihrer Wichtigkeit keineswegs gleichbedeutend ist mit der Frage der Emanzipation des Proletariats, weil es Proletarier gibt, welche weder Handarbeiter noch Lohnarbeiter überhaupt sind, ebenso ist die Frage der Emanzipation des Proletariats keineswegs gleichbedeutend mit der sozialen Frage und mit dem Begriff Sozialismus in seinem ganzen Umfange, weil die Proletarier nicht die einzigen Opfer der bestehenden Mißverhältnisse sind.

Wir wollen nur ein Beispiel anführen: Wissen wir denn nicht, daß das Hauptprinzip, welches die ganze gegenwärtige politische Oekonomie beherrscht, das Prinzip des Ohen- und Laufenlassens (laissez faire, laissez passer) ist, oder: wie man es sonst nennt, die Nichtintervention in ökonomischer (wirtschaftlicher) Hinsicht, das Gesetz der unumschränkten Konkurrenz? Nun sehen wir aber, daß in Folge der Anwendung dieses Prinzips und dieses Gesetzes die Kapitalisten sich centralisiren und daß die Großindustrie, der Großhandel und der Großbesitz die Kleinindustrie, den Kleinhandel und den Kleinbesitz vernichten und zwar dieses in dem Maße, daß der größte Theil der Bourgeoisie sich in einer gedrückten Lage befindet, die dem Elende sehr nahe ist. Auf solche Weise wird dieser Theil der Bourgeoisie, wenn er seine Interessen vernünftig auffaßt, gewissermaßen genöthigt, gemeinschaftliche Sache mit dem Proletariat zu machen und gemeinschaftlich mit ihm seine Rechtsansforderungen zur Geltung zu bringen. Die Kriege, die immer zunehmende Vermehrung der Staatsschulden und der öffentlichen Abgaben, der Börsenschwindel und die Skriren auf dem Gebiete der Industrie beschleunigen noch diesen Untergang des Kleinbürgerthums, und für

nicht; recht kräftig drückt sie aus, was man sonst wenigstens zu verschleiern sucht, daß die Ehe nur von bestimmten Interessen, welche nicht ethische zu sein brauchen, abhängig gemacht werden dürfe. Wer die Frage in's Detail verfolgen will, der besinne sich ferner, wie viele Parteien, um Keilungsheilrathen einzugehen, auf ihre sächlichen Rechte Verzicht geleistet haben, und welchen Demüthigungen und Schädigungen diejenigen ausgesetzt waren, welche es thaten; er denke ferner an die Freiheiten, welche die Sitte den sächlichen Personen als Ersatz für den Mangel völliger Freiheit in der Wahl der Gattin gestattet, und an die häßliche Einrichtung der morganatischen Ehe. Bei solcher Erwägung kann sich jedes lokale Gemüth selber einen lehrreichen Beitrag zur monarichischen Staatslehre verschaffen.“

Wir stimmen mit der „Frankf. Zeitg.“ völlig überein in Bezug auf das, was sie über die Verheirathungen der Fürsten sagt, wollen aber nicht unterlassen, zu erwähnen, daß mit Ausnahme der morganatischen Ehe Alles das auch bei den sogenannten oberen Zehntausend zutrifft; wir wollen besonders betonen, daß der Genuß ebensolcher Bedingungen macht, als die Krone und daß deshalb mit wenigen Ausnahmen die „andern anständigen Menschen, die diejenigen zu Frauen nehmen, welche ihre Keilung besitzen“, lediglich unter der Arbeiterklasse zu finden sind.

— Unser Nürnberg'scher Parteiorgan warnt vor der „Dr. Krey's Naturheilmethode“. Ist nämlich ein Kranke im Besitz jenes Buches, so liest er in demselben allerlei Mittel und Rezepte, die er sich von der chemischen Fabrik von Richter u. Co. in Nürnberg beschaffen kann. Und dieses Geschäft soll ein „gemeingefährliches“ sein, indem nur Quacksalber als Vorsteher figuriren; verschiedene Mal ist das „Geschäft“ schon gerichtlich mit Geldstrafen belegt worden, aber diese Strafen werden leichtlich abgehüttelt, und zwar auf das leichtgläubigste Publikum. Anwärtingen Blättern wird empfohlen, lieber an die Annonce zu verzichten, als das Unglück zahlreicher Familien vermehren zu lassen.

Auch vor den Guyot'schen Theerpillen wird gewarnt. Sie sind reiner Schwindel.

— Am 20. Dezember v. J. explodirte in Newport eine Candyfabrik. In wenigen Minuten war das ganze Gebäude ein Flammenmeer und stürzte bald zusammen. In der Fabrik arbeiteten einhundertundfünfzig Personen, meist von 14 bis 18 Jahren, von denen die meisten verunglückten. Der mangelhafte Zustand des Dampffessels war den Fabrikanten lange bekannt und zur Bedienung desselben wurde ein ungehaltener Heizer verwendet. Und das nennt man die Ordnung, welche die Sozialdemokraten vernichten wollen!

lehteres giebt es ebenso wie für die Arbeiterklasse keine andere Rettung, als einzig und allein durch den Sozialismus.

Indem wir uns als politische Partei konstituieren, wollen wir uns aller Rechte und aller Freiheiten, welche uns die constitutionelle Staatsverfassung als belgischen Bürgern gewährt, bedienen, um mit Hilfe dieser constitutionellen Rechte und Freiheiten alle bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte zu erobern, welche den meisten von uns vorenthalten werden.

Wir wollen darauf bedacht sein, daß alles das den Stempel des Gesetzes erhalte, zum Gesetz erhoben werde, was zur Anbahnung unserer großen sozialen Endziele dienen kann; ferner alles das, was geeignet ist, die Hindernisse hinweg zu räumen, die sich unserem Vordringen entgegenstellen, sowie endlich alles das, was dazu dient, die Veranlassungen zu beseitigen, die den leisen und lauten Klagen der unterdrückten Volksklassen, der Arbeiter, Kleinbauern und Kleinbürger, zu Grunde liegen.

(Schluß folgt.)

Correspondenzen.

Berlin, 17. Januar. „Tiefer gehängt“. Wir entnehmen der „Magdeburger Zeitung“ ihr Referat über den schon an passender Stelle erwähnten Vortrag des Herrn Dr. Dühring über den Marxischen Sozialismus, um unseren Lesern zu zeigen, wie recht der „Vorwärts“ immer über diesen Mann geurtheilt hat, dann aber auch deshalb, weil die „Magdeburger Zeitung“ ausdrücklich erklärt, wie jetzt Herr Dühring, habe sie immer über die Sozialdemokratie geurtheilt. Ein köstliches Compliment für den „Gelehrten“. Das Referat lautet wörtlich:

„Nachdem die Sozialdemokraten in ihrem Benehmen gegenüber Herrn Dühring einen so augenfälligen Beweis dafür geliefert haben, daß verschmähte Liebe sich in den glänzendsten Hoff verwandeln kann, glaubt dieser Privatdozent umsoweniger Veranlassung zu haben, seine Ansichten über diese Herren und ihr System zurückzuhalten. So hat er denn gestern (am 16. d.) wiederum in einem öffentlichen Vortrage eine Charakteristik des marxischen Sozialismus und seiner Jünger entworfen, die an Schärfe nichts zu wünschen übrig ließ. Daß der Kathedersozialismus — welchem demnächst ein besonderer Vortrag gewidmet wird — mannigfache Gelegenheiten bot, den „Zünftgelehrten“ etwas am Zeuge zu fäden, kann bei Herrn Dühring nicht Wunder nehmen. Im Uebrigen enthielt der Vortrag manches Zutreffende, was uns veranlaßt, ihn in den Hauptzügen wiederzugeben. Marx, in den vierziger Jahren rheinischer oppositioneller Journalist, ausgestattet mit ungewöhnlicher Dreistigkeit, wurde zu seinem sozialistischen System angeregt durch die mosaische Institution des Jubeljahres. Jenes Gesetz, wonach das Grundeigentum nach dem Ablauf einer Periode von siebenmal sieben Jahren an den ursprünglichen Besitzer zurückgelangen sollte, sah er irrthümlich in communisistischem Sinne. Zu Beginn der Februarrevolution erließ er mit seinem literarischen Handlanger Engels ein sogenanntes „communisistisches Manifest“, ein unreifes, schülerhaftes Elaborat, welches nichts enthielt, als die simple Forderung der Aufhebung des Privateigentums und des Erbrechts. Dieses „Manifest“ haben die beiden Herren vor einigen Jahren aufs Neue in die Welt gesetzt, ein Beweis dafür, daß sie seit 30 Jahren nicht weiter gekommen sind. Marx hat in der Zwischenzeit, um sich wissenschaftlich geltend zu machen, allerlei gelehrten Müll zusammengepöckelt (wir halten uns an die Dühring'sche Ausdrucksweise). Er hielt darauf, daß anerkannt (nach Dühring „zünftige“) Gelehrte ihm über seine Wissenschaft Quittungen anstellten, wofür sie dann, welcher Parteirichtung sie auch angehören mochten, durch eine wahrhaft schreiende Reklame in der sozialdemokratischen Presse belohnt wurden. Seine praktische Betätigung bestand im Wesentlichen darin, daß er sich der jetzt bereits verfallenen Internationalen Arbeiterassoziation gewissermaßen als Parthe aufdrängte und, als er seine Stellung zu derselben durch Concurrenten gefährdet sah, schließlich selbst ihr Ende beschleunigte. Den Hauptbestandtheil seiner Schriften bildet ein System, welches nichts ist, als das Jubeljahr des Moses, neu konstruirt mit Hilfe der Hegel'schen Dialektik und mit einem von Ricardo entlehnten nationalökonomischen Scheine umgeben — wobei aber sowohl Moses, als Hegel und Ricardo mißverstanden sind. Das ganze System ist verworren und unverstänlich, tritt aber so dreist und anmaßend auf, daß es für gläubige Seelen oft von dupirender Wirkung ist. Denn gerade das Unverstänliche ist, wo es auf Mystifikation ankommt, am wirksamsten. Höchst treffend war die Schilderung, welche der Vortragende von dem Idealstaate der Herren Marx und Genossen entwarf. Alles Privateigentum hört auf und der gesamte Besitz schiebt in den großen Staatskasten. Daraus erhalten wir dann, was wir brauchen, um zu essen und zu trinken, indem wir zugleich die Frohdienste zugewiesen bekommen, welche wir in den Arbeitskasernen der Herren Sozialisten zu verrichten haben. Da ist nichts mehr von individueller Freiheit, am wenigsten von geistiger Freiheit; eine bisher unerhörte Censur wird auf der Literatur lasten und jeden geistigen Fortschritt hemmen. Alles beherrscht der Staat. Und was für ein Staat? Das weiß Niemand zu sagen, auch Herr Marx nicht. Denn man aber von der sozialistischen Agitation auf das Regiment des sozialistischen Staates schließen kann, dann ist so viel klar, daß Wahrheit und Gerechtigkeit die letzten Dinge sind, die sich dort finden werden. Dieser allmächtige sozialdemokratische Zukunftsstaat mit seiner erfindenden Umflammerung aller individuellen Bewegung ist eine Despotie, welche ihresgleichen nicht in der Welt findet. Zwar ist die Aufrichtung dieses Staats nicht zu befürchten, denn es läßt sich nicht so leicht hinwegschreiben über die Freiheitsansprüche der Einzelnen und der Gruppen; zu befürchten aber ist die Herabsetzung großer Ideen in's Gemeine. Brutal wird die Fragenfrage in den Vordergrund gestellt, als gelte es nicht auch die geistige Existenz der Menschheit zu heben, als hätte der Mensch nicht vor allem auf geistigem Gebiete nach höheren Zielen zu ringen. Ein wahrer, echter Sozialismus kann nicht auf dem Boden bloßer Negation erwachen, er kann nur einem wahrhaft schöpferischen Geiste entspringen, welcher die Menschheit über die Corruption der Zeit zu erheben und sie für Freiheit, Wahrheit und Gerechtigkeit zu begeistern vermag. So urtheilt Dühring genau in der nämlichen Weise, wie wir es von jeher gethan haben, über den Sozialismus. Schade, daß er so nicht schon vor einem halben Jahre gesprochen hat.“

Dies das Referat, in welchem die Ausdrucksweise des Herrn Dühring wiedergegeben ist. (Und zwar, wie wir jetzt constatiren können, mit Weglassung zahlreicher Schimpfwörter, die selbst der „Magdeburger Zeitung“ zu — Dühring'sche waren. R. d. B.) Genau so wie die „Magdeburger Zeitung“, genau so wie die Reptilien, genau so wie die bezahlten Lohnschreiber des Kapitals hat Herr Dr. Dühring über die Sozialdemokratie geurtheilt. — Aber alle Eigenschaften, welche die Kant-

—

—

—

—

—

—

—

hafte Phantasie des Manns Marx und seinem Werte andichtet, alle diese Eigenschaften besitzt Herr Dühring selbst in seinen Schriften in hohem Maßstabe — wir wollen jene Beweise nicht wiederholen.

Dühring ist zu den Herren Böhmert und Mehring hin- vorgeflogen, ja noch unter sie!

Braunschweig, 10. Januar. Sonntag den 12. d. M. tagte hier im „Weißen Hof“ eine von über 1000 Personen besuchte Volksversammlung. Den ersten Punkt der Tagesordnung bildete die Abfindung einer Petition an den Reichstag betr. Rückberufung der Braunschweigischen Truppen aus Elbsh-Vorbringen. Kososty war Referent. In der Petition wird darüber Beschwerde geführt, daß das 92. Infanterie-Regiment, welches aus lauter Braunschweigern rekrutiert wird, schon seit sieben Jahren statt in seiner engeren Heimath in Elbsh-Vorbringen in Garnison fände, die Petition weist ferner auf die Nachteile hin, welche sowohl den Soldaten als den Angehörigen derselben aus diesem Umstande erwachsen und fordert vom Reichstage, daß er zur Rückberufung des 92. Infanterie-Regiments nach Braunschweig seine Unterstützung leiste. Die Petition wurde in der Versammlung sofort mit 500 Unterschriften bedacht und dem Reichstags- abgeordneten Bracke jr. zur Uebermittlung an den Reichstag überreicht. — Ein zweiter Gegenstand der Tagesordnung war: „Das deutsche Volk und der orientalische Krieg.“ Bracke und Kososty hatten das Referat übernommen. Die Versammlung nahm schließlich, nachdem sie beide Redner unter vielem Beifall gehört, folgende Resolution einstimmig an:

„Die am 13. Januar, Nachmittags 3 Uhr, im „Weißen Hof“ tagende und von etwa 1000 Personen besuchte Versammlung erklärt jede Unterstützung der russischen Politik für eine Schädigung der wirtschaftlichen und politischen Interessen des deutschen Volkes und für eine Förderung asiatischer Barbarei gegenüber der westeuropäischen Civilisation. Die Versammlung erklärt ferner, daß sie es als das entsetzliche Unglück für Deutschland betrachten würde, wenn dasselbe für russische Interessen in einen Krieg verwickelt würde. Sie betrachtet den russisch-türkischen Krieg als eine Schande für Europa und das 19. Jahrhundert und als einen Beweis für die Unfähigkeit der europäischen Diplomatie, welcher Unfähigkeit gegenüber das Volk die vollkommenste Ursache hat, durch Kluggebung seines Willens dahin zu streben, daß daraus nicht neues und unser Land unmittelbar berührendes Unglück entsteht.“

Wölln (Lauenburg), 14. Januar. Western Nachmittags fand hier eine sehr zahlreich besuchte Volksversammlung statt, in welcher Genosse Hübner aus Hamburg einen sehr gut aufgenommenen Vortrag über „Gemeinde- und Staatsverfassung“ hielt. Eine Diskussion über den Vortrag fand nicht statt. Als aber unser Genosse, Bildhändler Schwarz, einige Bemerkungen über alte Wöllner Berechtigte machte, wurde die Versammlung plötzlich aufgelöst. In aller Ruhe trennten sich die Versammelten; unsere Partei hat aber viele Anhänger hier gewonnen.

Julda, 21. Januar. Nachdem hier seit dem Jahre 1848 keine Volksversammlungen stattgefunden hatten, hielten wir am 2. Dezember v. J. eine solche wiederum ab. Dieselbe war sehr gut besucht und referirte Genosse Pfannkuch aus Cassel in einer trefflichen zweistündigen Rede über „die Prinzipien der Sozialdemokratie“. Am 20. Januar sprach Genosse Lange aus Barmen über die Gegner der Sozialdemokratie und den „Staatssozialismus“ und in einem zweiten Referate über den orientalischen Krieg und die seitherige deutsche Orientpolitik. Die zweistündigen Ausführungen des Genossen Lange fanden wie die des Genossen Pfannkuch ungetheilten Beifall. Wir geben uns der Hoffnung hin, bald wieder in Kürze über eine Versammlung berichten zu können.

Neustadt a. O., 20. Januar. Am vergangenen Sonntag hatten wir hier eine Volksversammlung, in der Genosse Rauert aus Leipzig unter allgemeinem Beifall über das Thema: „Die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands und die Sozialdemokratie“ referirte. Leider war die Versammlung, weil deren Bekanntgabe nur schlecht erfolgt war, eine nur schwach besuchte; es waren ungefähr 100 Personen, meistens Landbewohner, anwesend. Die betreffende Versammlungsannonce hatte nämlich das Unglück, für 85 Pfennige ein ganz bescheidenes Plätzchen im Inseratentheile unseres Moniteurs zu erhalten, weshalb sie vom größten Theile der Leser dieses Blattes übersehen worden sein mag. Der allgemeine Wunsch der Anwesenden war aber der, daß Herr Rauert recht bald wiederkommen möge. Der Boden für die Sozialdemokratie ist hier ganz gut; nur die rechte Bearbeitung dieses Bodens fehlt, um ihn auch fruchtbringend für die Bestrebungen der Sozialdemokratie zu machen.

Glauchau, 15. Januar. In einer hier abgehaltenen und stark besuchten Volksversammlung referirte Genosse Bollmar aus Dresden über die orientalische Frage. Durch lebhaften Beifall und durch Annahme folgender Resolution bekundete die Versammlung ihre Uebereinstimmung mit dem Redner. Die Resolution lautet: „Die heute Abend tagende, von mehr als 1000 Personen besuchte Volksversammlung protestirt einmütig und energisch gegen die Kultur und die Freiheit und Wohlthat der Völker überhaupt, und die Interessen des deutschen Volkes insbesondere am schwersten schädigende, bisherige russenfreundliche Politik der deutschen Reichsregierung und fordert von Letzterer, daß sie von jetzt ab diesen kulturfeindlichen Anmaßungen der despotischen Czarenregierung mit allen Mitteln entgegentrete.“

Klein-Schöber, Sonnabend, den 12. Januar. Sand hier im großen Saale des „Reichsvereiners“ eine von ca. 500 Personen besuchte Volksversammlung statt, mit der Tagesordnung: „Die Thätigkeit des deutschen Reichstages.“ Als Vorsitzender fungirte Genosse Klein. Genosse Viebknecht sprach in einem längeren Vortrag zuerst über das Arbeiterausgesetz, dann über die Unzulänglichkeit des bestehenden Haftpflichtgesetzes und forderte im Namen der Humanität, daß das bestehende Gesetz auch auf die Bau- und Landarbeiter ausgedehnt werde, in demselben Sinne wie es jetzt auf die Eisenbahnen Anwendung findet. Weiter führte derselbe die ungeheuren Summen an, welche für den Militarismus verausgabt würden, dabei aber immer noch im freien Steigen begriffen seien, trotzdem die Soldaten die größte Noth litten. Im weiteren Verlaufe seines Vortrags kam der Redner auch auf den russischen Eroberungskrieg und die Haltung Deutschlands resp. Bismarck's diesem Kriege gegenüber zu sprechen und kennzeichnete derselbe beides als kulturfeindlich. Hierauf sprach Genosse Preißner noch über das Haftpflichtgesetz und gedachte in anerkennender Weise der Wirksamkeit des Reichstagsabgeordneten Demmler. Nachdem dann noch die Genossen Schirzig und Böhmke gesprochen hatten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Herrn W. Viebknecht vollständig einverstanden, spricht ihre Zufriedenheit über das Vorgehen der sozialistischen Abgeordneten im Reichstage aus und verspricht mit allen ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln denselben zur Seite zu stehen. Insbesondere protestirt die Versammlung energisch gegen

die die Kultur und Freiheit im Allgemeinen und die Interessen des deutschen Volkes im Besonderen aufs ärgste schädigende bisherige russenfreundliche Politik der Reichsregierung, und fordert von Letzterer, daß sie von jetzt ab der kulturfeindlichen Anmaßung des russischen Despotismus, im Interesse Deutschlands und der Civilisation, entgegentrete.“

Meerane, 20. Januar. Die Leser des „Vorwärts“ wissen bereits, daß uns hier am 5. d. M. eine Volksversammlung, in welcher Genosse Bollmar aus Dresden über „Die politische Lage Europas und die Sozialdemokratie“ einen gediegenen Vortrag hielt, in demselben Augenblicke aufgelöst wurde, als die Versammlung im Begriff war, durch Annahme einer Resolution, die die Bismarck'sche Politik entschieden verdammt, ihre Zustimmung zu den Ausführungen des Redners auszusprechen. Natürlich ließen wir uns nicht so ohne Weiteres den Stuhl vor die Thür stellen und beriefen zu gestern, den 19. d. M., abermals eine Volksversammlung ein, um das einmal angefangene Werk zu Ende zu führen. Die von gegen 2000 Personen besuchte Versammlung verlief denn auch ganz nach Wunsch, und kein „Staatsretter“ rührte sich, als die im Wortlaut schon in Nr. 5 des „Vorwärts“ mitgetheilte Resolution zur Abstimmung und Annahme gelangte.

Briefkasten
der Redaktion. J. B. in Remark: Sie schreiben uns: „Was für Motive haben obgewaltet, die Personen der Monatsbilder im „Armen Conrad“ vollkommen nackt und naturgetreu zu costümieren? Es scheint mir das ein großer Widerspruch mit dem im „Vorwärts“ geäußerten und Kühn'schen Poesien zu sein. Dagegen ist überzeugt bin, daß eine geehrte Redaktion nicht ohne triftige Gründe ihre Zustimmung zu diesen unsittlichen Bildern gegeben hat, kann ich doch nicht umhin, zu bitten, mir darüber Aufschluß im Briefkasten gütigst zukommen zu lassen. Achtungsvoll J. B.“

Das Rechte, guter Freund, ist nicht unsittlich, sonst wären die größten Künstler und Kunstwerke der Welt „unsittlich“; unsittlich in dem hier in Frage kommenden Sinn des Wortes sind solche Abbildungen, welche darauf berechnet sind, die geschlechtlichen Begierden zu reizen, was durch theilweise Verhüllung viel wirksamer geschieht, als durch unverhüllte Nacktheit. Die nackte Venus von Medici ist durch und durch unsittlich, während die halbbedeckten Operndamen z. B. des Leipziger „Ved“ durch und durch unsittlich sind. Sie stehen auf dem Standpunkte der frommen Frau Knecht von Wülfer, die an den herrlichen Bildsäulen der Schloßbräute in Berlin nicht vorübergehen konnte, ohne ihr feines Gemüth beleidigt zu fühlen, und deshalb für die klassischen Gestalten — Badesofen beantragte. Zur Freude aller Kunstfreunde und — Reinen ist jener Antrag nicht durchgedrungen, und ich hoffe, auch unsere Kalender-Kleinen werden von den Badesofen verschont bleiben. Sind Sie nie in einem Museum gewesen? Nie in einer Kinderstube und beim Baden von Kindern? Wenn nicht, nun dann erinnern Sie sich des alten Sprüchleins: Dem Reinen ist Alles rein.

G. D. in Halberstadt: Ja, es ist der alte Klinkhardt, dessen „Umkehr“ den Herren Böhmert u. Comp., trotzdem Klinkhardt schon vor einigen Jahren gestorben ist, heut noch so übermenschliche Herzensfreude bereitet. Lassen wir Jenen ruhn, und gedenken wir Vielen das kindliche Vergnügen. — G. B. in G.: Die Notigen sind angekommen und werden gelegentlich verwendet werden.

W. L. in Wiesbaden: Sie fragen: „Was bedeutet der Ausdruck Republikaner mit resp. ohne Gänsefüßchen?“

Durch „Gänsefüßchen“ oder Anführungszeichen („“) wird angedeutet, daß das mit demselben versehenen Wort oder die mit demselben versehenen Wörter und Satztheile nicht von dem Schreibenden herrühren, sondern von ihm, als von Anderen gebraucht, citirt (angeführt) sind. „Republikaner mit Gänsefüßchen“ heißt also, daß die betreffenden Personen zwar von Anderen, und auch von sich selber, als Republikaner bezeichnet, von der Redaktion des „Vorwärts“ aber nicht für Republikaner gehalten werden.

der Expedition. H. Pfeiffer in Nabeberg: Im Briefkasten der Nr. 8 ist keine Bemerkung, die Ihnen gilt. Sie scheinen zu spät bei der Post abgeholt zu haben und haben daher die Nr. 1—7 nicht geliefert erhalten. Zahlen Sie bei dortiger Post 10 Pf. Nachbestellungsgebühr und es werden Ihnen die fehlenden Nr. von der Post nachgeliefert. — Josef Neumann in Uedendorf oder Wattenfeld: Geben Sie uns Ihre genaue Adresse an um Ihnen das Resultat der Recherche des häufigen Postamts auf Ihre Reklamation bekannt geben zu können.

Herr Piltz, Tapezierer in Leipzig, wird ersucht zu uns zu kommen oder mindestens uns seine Wohnung anzugeben. Leipzig, den 22. Januar 1878. Die Expedition des „Vorwärts“.

Robert Effenwein, Schuhmacher aus Neustadt (Mecklenburg-Schwerin) zuletzt in Düsseldorf, wird ersucht, seine Adresse mitzutheilen an Wilhelm Effenwein, der Adr. Franz Wundy, Scharner, Baden-Baden, Stephanienstraße 31.

Quittung. Das London Ab. 8,16. Rdr Halle Ab. 15,00. Sbl Dortmund Ab. 28,00. Brelh Schönberg Ab. 11,26. Arbeiter-Verein Dresden Ann. 3,60. Grumb Altenburg Schr. 10,00. Scharn Lübeck Ab. 6,30. Fdr hier Ab. 1,60. Schneckenverein hier Ann. 2,00. Bhrtr Trahan Ab. 1,40. Orbnst Lindenan Ab. 36,95. Schr. 5,00. B. Gy hier Ab. 3,20. Pbst Rüdchen Ab. 30,00. Schar Frohnan Schr. 12,00. Ph Dshay Ab. 3,90. Schar Uda Ab. 3,70. Arb. Verein Meran Ab. a Schr. 40,48. Rir Gelsenau Schr. 20,00. F hier Schr. 3,75. Mrk Verden Ab. 14,70. Dlggr Wien Ab. 1,37. Gant Prshberg Ab. 2,57. Drang Deligsh Ab. 13,90. Engart hier Ann. 6,40. Mhr hier Ab. 63,57. Engl Reuday Ab. 59,00. Mann Eis-eden Ann. 0,60. Schr. 1,00. W. Ruf Frankfurt Ab. 52,60. Das Bassan Schr. u. Ab. 7,00. Strgn Dantsig Schr. 5,00. Bf Gotha Schr. 4,80. Engwud Wiesbaden Schr. 3,00. Reig Goldig Schr. 0,90. Sbl Teuchern Schr. 0,70. Bng hier Schr. 1,00. Schar Niederbronn Schr. 0,50. Uebn Uda Schr. 5,00. Schuppenh Remscheid Schr. 0,60. Sdrgr Worms Schr. 2,10. Rhr Lurgan Schr. 2,20. J Berlin Schr. 1,50. Jns Konstanz Schr. 0,70. Rdr Hildesheim Schr. 2,00.

Ausgaben u.
Anzeigen für die Mittwoch's-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitag's-Nummer bis Mittwoch Vormittags 9 Uhr; für die Sonntag's-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Anzeigen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Glückleben. Die hiesigen Leser des „Vorwärts“ werden freundlich ersucht, Sonnabend, den 26. Januar, Abends 8 Uhr zu einer

Besprechung
im Wiesner'schen Restaurant, Kösterplatz, Stube 1, sich einzufinden. Mehrere Leser des „Vorwärts“.

Leipzig, Donnerstag, den 24. Januar, Abends 1/9 Uhr im Saale des Hrn. Michael, gr. Windmühlenthr. 7:

Sozialistenversammlung.
Tagesordnung: Das schlesische Dissidentengesetz in Bezug auf das Volkstagsgesetz. Referent Hr. Pablich. Der Agent.

Bei meiner Abreise von Läden nach Braunschweig sage ich allen Genossen ein herzliches Lebewohl! Rud. Schröder, Bremer.

Roh-Tabak

Seedleaf	20-180 Pfg.
Brasil von 30 Pfg. an	
Domingo	20-50 Pfg.
do. Blatt	80-90 Pfg.
Java	90-250 Pfg.
Carmen	80 Pfg.
Palmyra	100-150 Pfg.
Ferd Gätjens, Altona, Rathhaus Markt 36. Briefl. Bestellungen werden unter Nachnahme prompt ausgeführt.	

Die bürgerliche Gesellschaft.

Ein Vortrag
gehalten vor freireligiösen Arbeitern des Wupperthals
Elberfeld-Barmen
von
Joseph Diezgen.
Preis 10 Pf.
Die Expedition des „Vorwärts“.
Leipzig.

Neue Welt

Hest 5 Jahrgang III.
ist versandfertig und wird nur auf ausdrückliche Bestellung geliefert.
Wir bitten also, rechtzeitig Nachricht hierher zu geben.
Die Expedition der „Neuen Welt“.

„Der arme Conrad“.

Musirriter Kalender für das arbeitende Volk pro 1878
(Dritter Jahrgang.)
Gegen die Vorjahre bedeutend vergrößert (132 Seiten stark).
Trotz der gediegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender gebunden nur 40 Pfg., gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pfg., gegen baar oder Postvorschlag. Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzurathen, für ein Exemplar brochirt 50 Pf., gebunden 70 Pf., einzuladen, wo wir es franco per Kreuzband zulassen.
Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.
Frei-Exemplare werden nicht abgegeben.
Auf Posten von 1 Dugend aufwärts berechnen wir brochirt 25 Pf. pro Stück netto gegen baar.
gebunden 40
Expedition des „Vorwärts“, Leipzig, Färberstraße 12/II.
Expedition der „Fackel“, Leipzig, Kleine Fleischergasse 15.
Expedition der „Freien Presse“, Berlin, Kaiser Franz-Platz hier Leipzig Nr. 8a

Soeben ist im Verlage der Genossenschafts-Verlagsdruckerei erschienen und durch die Unterzeichneten zu beziehen:

Ein Bilderbuch
für
kleine und große Kinder.
12 Tafeln
in Farbendruck.
Antworten und geschildert
25
Seiten Text.
Zusammengestellt
von
E. Hoffbach.
Quart-Format. Preis 1 Mark 20 Pf. pro Stück.



Das Buch verdient seine Entfaltung den mannigfachen Anregungen wie solche auf den verschiedenen Partei-Congressen zum Ausdruck gekommen sind, und wird namentlich in Familienkreisen mit Freude begrüßt werden, da es das Gemüthleben der Kinder im sittlichen Sinne anregt und dieselben zum Nachdenken anspornt.

Leipzig. Expedition des „Vorwärts“
Färberstraße 12.

Wir empfehlen
**Das deutsche Reich
und seine Gesetzgebung.**
Materialien für die sozialistische Agitation.
Von Bruno Geiser.
7 Bogen 8. Preis 60 Pfg. In Partien 50 Pfg.

Inhalt: Kap. 1. Ueber die Gründung und Gesetzgebung des deutschen Reichs. Kap. 2. Die Reichsverfassung. Kap. 3. Die Vertheilung der Gewalt. Kap. 4. Das Gesetzgebungsverfahren. Kap. 5. Das Haftpflichtgesetz. Kap. 6. Das Lohnbeschlagnahmengesetz. Kap. 7. Das Preßgesetz. Kap. 8. Die für das sozial-politische Leben wichtigsten Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuchs mit Erläuterungen nach Oppenhopf, Schwarze u. Kap. 9. Zur Statistik des deutschen Reichs.

Expedition der „Neuen Welt“
Färberstraße 12. II.

Beranwortlicher Redacteur: Hermann Helbig in Rembnig-De
Redaction und Expedition: Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschafts-Verlagsdruckerei in Leipzig.